

**Runder Tisch  
Sitzung 13. November 2007  
Protokoll**

**Vorstand Runder Tisch:**

Herr Diekmann  
Herr Dr. Fischer  
Herr Gersema  
Herr Tielboer  
Herr Vagelpohl

**Sanierungsmanagement / Stadt Leer:**

Herr Reinders  
Herr Tautz  
Frau Bruns  
Frau Schüür

**Vortragende Gäste:**

Frau Pastorin Duhm-Jäckel  
Herr Pastor Jäckel  
Herr Hinzpeter  
Herr Wolfgang Buhr

**Tagesordnung**

1. Begrüßung
2. Protokoll der letzten Sitzung
3. Bericht des Vorstandes
4. Bericht: Mehrgenerationenhaus
5. Bericht des Kinderschutzbundes zur Situation der Kinder und Jugendlichen im Sanierungsgebiet
6. Erneuerung Schulhof Hoheellernschule
7. Situation Spielplätze – weiteres Vorgehen
8. Verschiedenes
9. Termine (Runder Tisch, Arbeitsgruppe Sanierungszeitung)

**1. Begrüßung**

Herr Diekmann eröffnet die Sitzung um 18.40 Uhr und begrüßte die Anwesenden.

**2. Protokoll der letzten Sitzung**

keine Anmerkungen

**3. Bericht des Vorstands**

Herr Dr. Fischer trug vor, der Vorstand beschäftige sich u.a. mit der weiteren Gestaltung des Projektes „Soziale Stadt“ für die verbleibende Laufzeit. Schwerpunktmäßig handele es sich um folgende Themen::

Großstraße

**Herr Dr. Fischer** betonte, dass neben den baulichen Mängeln nun auch die sozialen Probleme angegangen werden müssen.

Sozialberichterstattung

Der Vorstand halte die Initialisierung einer Sozialberichterstattung für notwendig, die es ermögliche, auch für einzelne Stadtteile „soziale Brennpunkte“ zu ermitteln.

aufsuchende Sozialarbeit

**Herr Dr. Fischer** machte darauf aufmerksam, dass nach Auffassung des Vorstandes im Bereich der Angebote für Kinder und Jugendliche v.a. für bestimmte Zielgruppen Defizite herrschen. Eine Möglichkeit, etwas dagegen zu tun, könnte aufsuchende Sozialarbeit sein.

## Tunnel Reimerstraße

Nachdem vor einiger Zeit die Vorplanungen für die Sanierung des Tunnels vorgestellt worden seien, halte der Vorstand einen aktuellen Sachstandsbericht für angezeigt. Davon abgesehen sei eine Verbesserung der Beleuchtung kurzfristig erforderlich.

**Herr Fischer** stellt dar, dass es seiner Ansicht nach ein Fehler war, das Jugendamt allein dem Landkreis zuzuordnen; dies sei jedoch eine revidierbare politische Entscheidung.

**Herr Reinders** verwehrt sich gegen den von Herrn Fischer vermittelten Eindruck, die Stadt Leer komme ihren Pflichten in der aufsuchenden Sozialarbeit nicht nach. Er machte deutlich, dass dieses Aufgabenfeld nach der Abgabe des städtischen Jugendamtes allein dem Landkreis Leer obliege.

## **4. Bericht: Mehrgenerationenhaus**

**Frau Pastorin Duhm-Jäckel** trug vor, die Ev. luth. Christuskirchengemeinde Leer mit ihren rd. 2700 Gemeindemitgliedern habe den Zuschlag des Bundes für die Errichtung eines Mehrgenerationenhauses erhalten. Daneben müsste die Gemeinde nunmehr für den ersten Förderabschnitt von zwei Jahren Fördergelder beantragen.

Einleitend erläuterte **Frau Duhm-Jäckel** das Motto der Kirchengemeinde „Willkommen im Leben“ und ging auf die daraus abgeleiteten Ziele der Gemeindegemeinschaft wie Lebensbegleitung für alle Altersstufen, aktive Gemeindegemeinschaft und Zuhause für alle Generationen ein.

Sie schilderte das Umfeld des Mehrgenerationenhauses mit älteren Menschen, deren Zeit es sinnvoll zu füllen gelte und Kindern, die Betreuung bräuchten. Daneben solle die Vereinbarkeit von Familie und Beruf gefördert werden und Migrantenfamilien Hilfestellung bei der Integration angeboten werden.

Nachfolgend informierte Frau Duhm-Jäckel über die vorhandenen Angebote der Christuskirche, die durch weitere Angebote ergänzt würden, um abschließend auf die Ziele des Mehrgenerationenhauses einzugehen.

## **5. Bericht des Kinderschutzbundes zur Situation der Kinder und Jugendlichen im Sanierungsgebiet**

**Herr Hinzpeter** lobte zu Beginn ausdrücklich die gute Arbeit der *Kindertagesstätten* im Stadtgebiet Leers, machte aber gleichzeitig auf die geringe Anzahl der Krippenplätze aufmerksam, von denen der Kinderschutzbund 1/3 des Gesamtvolumens, nämlich 13, vorhalte.

Die Probleme im familiären Bereich hätten sich nach Ansicht des Kinderschutzbund nach Einführung der Hartz IV Gesetze verschärft.

Hinsichtlich der *Migranten* nehme der Kinderschutzbund in weiten Teilen der Bevölkerung eine Abwehrhaltung gegen ausländische Mitbürger wahr. Die Worte Ausländer oder Asylant seien im Sprachgebrauch teilweise schon negativ besetzt. Wohnungen für Familien mit vielen Kindern seien auf dem Wohnungsmarkt nicht zu bekommen.

Daneben führen Hausumbauten wie in der *Großstraße* zu den bereits gehörten Problemen.

Nachfolgend erläuterte **Herr Hinzpeter**, warum der Kinderschutzbund sich vehement gegen einen *Jugendtreff* auf dem Gelände der *Plytenbergschule* ausgesprochen habe. Er halte ein Jugendzentrum an dieser Stelle für überflüssig, da es genügend passende Gebäude gebe. Darüber hinaus würden Jugendlichen, welche eine Jugendeinrichtung aufsuchen wollen, auch weitere Wege in Kauf nehmen. Andere Jugendliche, die sich z.B. auf dem Spielplatz Stephanring aufhielten, erreiche man dadurch nicht.

Hier sei es von besonderem Interesse, welche Motive die Jugendlichen zu ihrem Verhalten veranlasse und wie dieses gewonnen oder eingebunden werden könnten.

In der *Weststadt* halte der Kinderschutzbund einen Bolzplatz für erforderlich, einen größeren Handlungsbedarf sehe er aber im Bereich Altmuthweg/Friesenstraße, wo die Kinder auf der Straße spielen würden, da es weder Sandkiste noch Spielplatz gebe.

**Herr Zitterich** fragte, ob sich nach Einschätzung von Herrn Hinzpeter der Problembereich Altmuthweg/Friesenstraße nach dem Bau eines Spielplatzes am Ende der Großstraße reguliere.

**Herr Hinzpeter** antwortete, er befürchte, das gerade die Sandkastengeneration diesen Spielplatz nicht nutzen können, da es an Begleitpersonen fehle.

**Herr Fischer** erkundigte sich, ob der Kinderschutzbund eine Sozialberichterstattung für notwendig erachte und ob dieser in der sozialen Stadt einen überdurchschnittlichen Handlungsbedarf allgemein bzw. für die aufsuchende Sozialarbeit insbesondere sehe.

**Herr Hinzpeter** betonte, ihm läge kein statistisches Zahlenmaterial für Leer vor. Daneben befürworte er vielmehr, das jetzige Kinder – und Jugendhilferecht von Grund auf zu ändern. Er habe festgestellt, dass sich „Familien von der Gesellschaft verabschiedet“ hätten. Gerade seit dem schrecklichen Fall des kleinen Kevin habe er beobachtet, dass sich Familien nicht mehr trauen, beim Jugendamt um Hilfe zu bitten, da sie befürchten, Ihnen werde das Kind entzogen. Er halte es für wichtig, mehr begleitende Hilfe, z.B. für Alleinerziehende, anzubieten. Ansonsten decken sich die familiären Probleme im gesamten Stadtgebiet, in dem der Kinderschutzbund aufsuchende Sozialarbeit leiste.

**Herr Reinders** betonte, dass es kein verlässliches Zahlenmaterial gebe und hob hervor, dass das Kreisjugendamt als zuständige Behörde den Bereich der „Sozialen Stadt“ nicht als „auffälliger“ einstuft als den Rest des Stadtgebietes.

**Herr Berghaus** stellte richtig, dass nicht die drei für die aufsuchende Sozialarbeit zuständigen Sozialpädagogen über die Inobhutnahme eines Kindes entschieden, sondern das Familiengericht.

**Herr Hinzpeter und Herr Fischer** weisen darauf hin, dass der gerichtlichen Entscheidung immer ein Gutachten der Jugendpflege zugrunde liege.

**Herr Berghaus** stellt weiterhin dar, dass der Leda-Treff darüber hinaus nicht unbedingt zu den Angeboten mit „Komm-Struktur“ gehöre, da bereits die Grundschüler per „Geh-Struktur“ an den Treff herangeführt würden.

**Herr Fischer** ist in diesem Punkt grundsätzlich anderer Meinung und wird dies an anderer Stelle auch erneut thematisieren.

**Herr Hinzpeter** erklärte, er bedaure die Abgabe des städtischen Jugendamtes, da die präventive Sozialarbeit und die Zusammenarbeit mit dem Kinderschutzbund hervorragend funktioniert habe.

**Herr Fischer** plädierte dafür, trotz veränderter Zuständigkeiten eine politische Grundsatzentscheidung für die aufsuchende Sozialarbeit herbeizuführen.

Ein Bürger teilte mit, die Situation Schreiberskamp/Gräfin-Theda-Straße sei ähnlich schwierig wie am Altmuthweg/Friesenstraße.

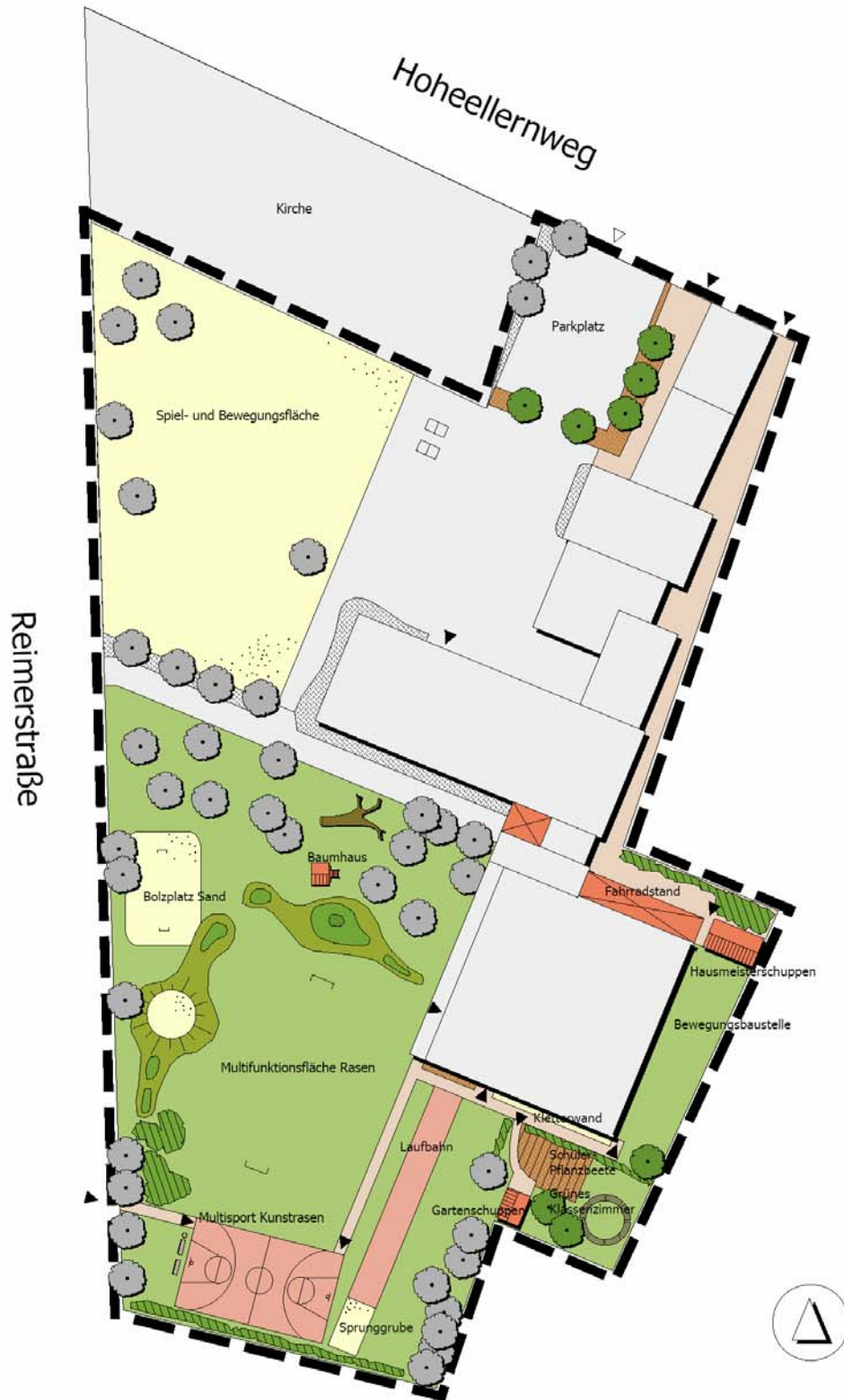
## **6. Erneuerung Schulhof Hoheellernschule**

**Herr Reinders** erinnerte, dass die Stadt Leer in Rahmen des Projektes „Soziale Stadt“ schon seit langem einen Bewegungsplatz für Jugendliche gesucht habe, was nun bei der geplanten Umgestaltung des Schulhofes der Hoheellernschule in klassischem Kinderspielplatz und Bewegungsfläche gelungen sei.

**Herr Wolfgang Buhr** erläuterte anhand einer Folie die Planungen der verschiedenen Bereiche des Spielplatzes. Zwei Flächen seien zur Nutzung für Kinder bis 12 Jahren vorgesehen, wobei auf der Nordseite ein Multifunktionsplatz mit Kunstrasenfläche für Ballspiele ausgespart werde.

**Herr Schachner** gab zu bedenken, dass ähnliche Pläne der Greta-Schoon-Schule an dem vehementen Widerstand der Nachbarn gescheitert seien.

**Herr Buhr** führte aus, bei dem Nachbargebäude der Multifunktionsfläche handele es sich um die kürzlich von der Stadt Leer erworbene neue Hausmeisterwohnung. Dieser sei selber sehr fußballbegeistert und würde auch ein Auge auf die Jugendlichen halten.



## **7. Situation Spielplätze- weiteres Vorgehen**

**Herr Reinders** trug vor, vor dem Hintergrund der Ereignisse auf dem Spielplatz Stephanring habe es eine Gesprächsrunde mit verschiedenen Institutionen und Verbänden gegeben. Zum weiteren Vorgehen hätten die Beteiligten die Erarbeitung einer Studie für notwendig erachtet, die von Synodalverband erstellt werde. Dieser habe bewiesen, dass er in der Lage sei, auf Augenhöhe mit dem auffälligen Jugendlichen zu kommunizieren. Die Ergebnisse der Studie würden in absehbarer Zeit am Runden Tisch vorgetragen.

## **8. Verschiedenes**

Ein Bürger bemängelte den schlechten Zustand des Osseweges, den fehlenden Bürgersteig und die auftretenden Überschwemmungen.

**Herr Tautz** antwortete, die Erneuerung des Osseweges sei nicht Bestandteil der Sanierung, sondern werde mit GVFG Mitteln gefördert, welche die Verwaltung bereits beantragt habe.

Weiter berichtete er, dass in den ersten beiden Häusern der Gräfin-Theda-Straße mit der Modernisierung begonnen worden sei, die voraussichtlich noch dieses Jahr abgeschlossen werde. Die Bewohner hätten sich bei einer Befragung alle für den Verbleib in ihren Wohnungen entschieden.

**Herr Diekmann** bedauert, dass der Vorstand hier nicht enger eingebunden war.

## **9. Termine**

Der nächste Runde Tisch findet am 11. Dezember 2007 statt.

Die Arbeitsgruppe Sanierungszeitung trifft sich am 27. November 2007.

Der Vorstand schloss die Sitzung um 20.15 Uhr.